

Der Ordnungspolitische Kommentar

Nr. 10/2007

2. Oktober 2007

Hoch auf dem gelben Wagen – die Post-Posse um den Mindestlohn

Von Steffen J. Roth

Deutschland sucht den Postboten des Jahres. Die Wege der Briefträger mit den gelben Taschen und Fahrrädern kreuzen sich neuerdings ständig mit der Route von solchen mit andersfarbigen Taschen und Rädern. Ab 2008 könnte tatsächlich Wettbewerb entstehen. Es könnte zu einem Ringen um die Gunst der Kunden kommen, und jeder Briefversender könnte selbst entscheiden, welche Truppe ihm den attraktivsten Service bietet.

Nun, Deutschland sucht die Postboten des Jahres aber ausschließlich per Umfrage des ehemaligen Staatsmonopolisten. Sie können ihren gelben Postboten wählen – oder keinen. Von Wettbewerb hält man hoch auf dem gelben Wagen nicht viel. Die Deutsche Post erfragt bei ihrer Werbekampagne nicht einmal, ob wir rundum zufrieden sind oder Beschwerden haben. Es geht wohl nur darum, daran zu erinnern, dass ein Briefträger ein Sympathie- und Würdenträger gleichzeitig ist. Postboten sind pünktlich, zuverlässig, vertrauenswürdig und schlagen sich auch bei Wind und Wetter in noch so entlegene Gegenden durch. Der gute alte Briefträger kommt als Amtsperson zwar hinter dem Bürgermeister, dem Richter, dem Lehrer und dem Polizisten aber gleichauf mit dem Bahnhofsvorsteher. Der gelbe Postbote hat jetzt plötzlich Konkurrenz? Darf das sein?

Nun ja, es darf wohl. Theoretisch. Selbstverständlich sind die Jungs und Mädels in gelb die besten und werden gewinnen, oder? Denn wir werden den Wettbewerb ja wohl nicht um die unanständige Frage führen, wer die Werbebriefe und Rechnungen zu den günstigsten Preisen verlässlich in die Briefkästen steckt: Trari, trara, der Mindestlohn ist da!

Der dreiste Versuch der Post, sich durch Mindestlöhne die Konkurrenz vom Leib zu halten, ist leicht durchschaubar: Der geschlossene Vertrag hat für die Post gar keine spürbaren Auswirkungen, denn die Post selbst verfügt dank ihres Haustarifvertrags über Klarheit. Der „Arbeitgeberverband“ wurde nur hierfür gegründet, der „Tarifvertrag“ ausschließlich zu diesem Zweck geschlossen (er verliert seine Gültigkeit, falls er nicht für allgemeinverbindlich erklärt wird). Der drohende Schutz

der gelben Post würde es jungen, gesunden Arbeitslosen verbieten, für eine angelernte Tätigkeit weniger Stundenlohn zu verlangen als 9 Euro (Ost) bzw. 9,80 Euro (West). Da der ehemalige Staatsmonopolist den schwerwiegenden Vorteil der Trägheit der Kunden auf seiner Seite hat, dürfte es den Konkurrenzunternehmen extrem schwer fallen, Marktanteile zu gewinnen, wenn sie nicht preisgünstiger sein können.

Das peinliche Armdrücken, in dem Frau Merkel nun persönlich mit Herrn Zumwinkel und Genossen um die Höhe eines eigentlich unzweifelhaft gänzlich falschen Mindestlohns ringt, zeigt eindrucksvoll, warum man sich an der ordnungspolitischen Regel orientieren sollte, nach der die Politik überhaupt nichts mit der Lohnfindung zu tun hat: Damit es nicht darum geht, welche vulgärökonomische Milchmädchenrechnung dem Publikum glaubhaft vorgegaukelt werden kann, welche Politiker unsinnige lohnpolitische Eingriffe fordern, um sich vor Landtagswahlen zu profilieren und inwieweit andere Politiker diese akzeptieren und dulden, um den Koalitionsfrieden aufrecht zu erhalten.

Der Postmarkt ist kein Kindergeburtstag

Die Unionsparteien haben so lange eine entschlossene Gegenwehr vermissen lassen, dass schon gar nicht mehr erkennbar ist, was unsere Wirtschaftsordnung eigentlich zum Thema zu sagen hat: Zugunsten der größeren Beschäftigungsmöglichkeiten, einer effizienteren Ressourcenallokation und einer bestmöglichen Versorgung der Konsumenten mit Gütern und Dienstleistungen wird in der sozialen Marktwirtschaft auf staatliche Markteingriffe im Allgemeinen und auf Mindestlöhne im Besonderen verzichtet. Die soziale Absicherung der Bürger erfolgt über bedürftigkeitsgeprüfte Transfers.

Obwohl Mindestlöhne in diesem institutionellen Umfeld immer nur der Verhinderung von Wettbewerb dienen, erhält die Idee aufgrund von zwei unterschiedlichen populären Fehlschlüssen den Applaus der Talkshowgäste, Sonntagsredner und Stammtischbesucher, die das Meinungsbild in Deutschland bestimmen, ohne sich um Sachzusammenhänge zu kümmern.

Veranstaltet man auf einem Kindergeburtstag ein Wettrennen, werden es einige Kinder unfair finden, alle von derselben Linie starten zu lassen: Andere sind größer oder älter, haben im Sportverein trainiert oder müssen weniger Körpergewicht mit sich herumtragen. Politiker,

Vorstandsvorsitzende und Gewerkschaftler meinen nichts anderes, wenn sie von „Schmutzkonkurrenz“ sprechen.

Beim Kindergeburtstag mag es noch angehen, Korrekturen der Startbedingungen vorzunehmen. Es muss zwar auch dort willkürlich entschieden werden, welche unterschiedlichen Eigenschaften der Kinder ausgeglichen werden sollten und welche zum Sieg verhelfen dürfen. Wenn es aber nicht um einen ernsten Wettbewerb, sondern um ein Spiel geht, kommt es eher auf die gute Laune aller Teilnehmer an. Beim Wettbewerb um Marktpositionen geht es aber nicht um ein Spiel, sondern darum festzustellen, welcher Anbieter die Wünsche der Konsumenten am besten befriedigt. In einer Wettbewerbswirtschaft ist es völlig absurd, schlankere Konkurrenten auszubremsen, nur weil die Dicken aller Wahrscheinlichkeit nach langsamer sein werden. Den Konsumenten würde mit einer solchen Strategie systematisch die eigentlich beste Leistung vorenthalten.

Eine besonders beliebte Variante dieser Argumentation ist der Vorwurf des so genannten „Lohndumping“. Von „Lohndumping“ sprechen die dicken, schwerfälligen Unternehmen, wenn die Mitarbeiter der Konkurrenz billiger sind. Würde man es tatsächlich als unfair betrachten, wenn neue Marktteilnehmer gleiche Leistung für ein geringeres Entgelt verrichten, wäre dies eine paradiesische Einstellung für alle etablierten Marktteilnehmer. Der Konkurrenzschutz für die Platzhirsche ginge auf Kosten der Konsumenten, aber auch zulasten der diffamierten Konkurrenten. Im Ergebnis würde dies bedeuten: Wer einmal aus dem Arbeitsmarkt draußen ist oder noch nie drin war, soll gefälligst auch dauerhaft draußen bleiben. Denn jeder Arbeitslose, der sich um Beschäftigung bemüht, bedeutet Konkurrenz.

Weil hohe Löhne schöner wären

Die Konkurrenzabwehr durch Mindestlöhne findet zugleich auch die Zustimmung vieler Menschen, die allen braven Bürgern nur das Beste wünschen. Meistens werden Mindestlöhne in einer Höhe gefordert, die es den Betroffenen erlauben würde, von ihrem Gehalt bei vollschichtiger Arbeit eine Familie zu ernähren. Diese Forderung wird voller Inbrunst und unter Verwendung bedeutungsvoller Begriffe wie Anstand und Menschenwürde vorgetragen. Dass viele Familien in Deutschland trotz Vollzeitarbeit noch ergänzende Transfers erhalten, um das sozio-kulturelle Minimum zu erreichen, präsentieren die Medien täglich erneut als Skandal mit Neuigkeitswert. Und viele Meinungsbildner reagieren reflexar-

Über Arbeit, Lohn und die Würde des Menschen

Es kann hier nicht ausgeführt, sondern nur angemerkt werden, dass Arbeit zu niedrigen Löhnen keineswegs die Menschenwürde verletzt. Sowohl Armut als auch Arbeitslosigkeit gefährden einzeln oder zusammen die Würde des Menschen. Einer Arbeit nachzugehen ist hingegen auch dann weder ehrenrührig noch entwürdigend, wenn zusätzlich ergänzende Hilfe zur Finanzierung des eigenen oder des Lebensunterhalts der Angehörigen notwendig bleibt. Vgl. Roth, Steffen J. (2007): *Würde, Einkommen und Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft*, Roman Herzog Institut, München. Download unter:

http://www.romanherzoginstitut.de/CMM/Publikationen/files/Download_110.pdf

tig immer wieder mit geübt vorgetragener Fassungslosigkeit zutiefst betroffen und entrüstet.

Ein Musterbeispiel dieser fadenscheinigen Posse bot Anne Will in ihrer ersten Sendung. Alle Gäste waren sich einig, dass niemand wenig Geld haben sollte. Wer wünscht das schon? Der Manager Obermann glaubte betonen zu müssen, dass sein Konzern gut bezahle. Die Politiker Beck und Rüttgers wetteiferten um tatkräftig wirkende Entrüstung. Die Bischöfin Käßmann und Frau Will selbst gaben sich betroffen und sehr traurig. Leider hielt man es nicht für erforderlich, die ökonomischen Zusammenhänge zu thematisieren. Zwar hat Herr Beck sicher etwas anderes gemeint (was auch immer!), als er in der Sendung mehrfach bedeutungsvoll die Losung wiederholte, Arbeit müsse „ihren Lohn wert sein“. Aber Recht hatte er schon: Arbeitskräfte müssen ihre Lohnkosten selbst erwirtschaften; ihre Beschäftigungsmöglichkeiten hängen davon ab, ob die Arbeitskosten durch die Wertschöpfung gedeckt sind.

Die Scheinheiligen vernichten mit ihren Forderungen nach hoher Entlohnung Beschäftigungsmöglichkeiten in niedrig qualifizierten Tätigkeiten und verschlechtern so die Situation der Menschen, die auf die Jobs angewiesen wären. „Eine Moral, die die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral“ [Kardinal Ratzinger (1986): *Marktwirtschaft und Ethik*, in: L. Roos (Hrsg.): *Stimmen der Kirche zur Wirtschaft*, Köln, S. 56].

8272 Zeichen (Textbox: 647 Zeichen)

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik oder des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Dr. Steffen J. Roth ist Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln.

Kontakt: Tel. 0221-470 5348 oder email: steffen.roth@wiso.uni-koeln.de